

Transformation gestalten – Rahmenbedingungen schaffen, vorausschauend und verantwortungsvoll

Deutschland wird bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein. Das ist ein Kernanliegen der Ampel-Koalition und bildet daher das Herzstück des gemeinsam erarbeiteten Koalitionsvertrages. Trotz gewaltiger Anstrengungen etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem früheren Kohleausstieg 2030 im Westen befindet sich die Bundesrepublik heute jedoch noch nicht auf dem 1,5 Grad-Pfad. Die größten Aufgaben liegen unbestritten im Gebäude- und Verkehrsbereich. Sie sind die Sorgenkinder der deutschen Klimapolitik. Doch auch die Sektoren Energie und Industrie haben noch eine Strecke vor sich. Gerade weil der Übergang von der fossilen in die klimaneutrale Welt in den Regierungszeit von Angela Merkel verschlafen wurde, muss das Tempo deutlich gesteigert werden.

Den Ausstieg aus der Kohleverstromung im Osten auf das Jahr 2030 vorzuziehen ist ein notwendiger Schritt, um die Klimaziele zu erreichen. Er ist gleichzeitig notwendig, um angesichts einer zusehends unrentablen Kohleverstromung in den kommenden Jahren endlich Planungs- und Investitionssicherheit herzustellen. Es wäre falsch, die Regionen und die Menschen mit der marktwirtschaftlichen Dynamik des europäischen Emissionszertifikatehandels und den erwartbar steigenden Preisen für die Zertifikate alleine zu lassen. Stattdessen muss jetzt ordnungspolitisch und vorausschauend gehandelt werden, um rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, die den Strukturwandel in der Region positiv gestalten können. Wir sind überzeugt, dass ein solch aktiv gemanagter Wandel zu einer echten Chance für Jobs und Unternehmen, für Zukunft und Prosperität in den Regionen wird. Voraussetzung hierfür ist die Stärkung der Regionen, der Aufbau neuer Zukunftsindustrien und gute Arbeit. Gerade der Osten Deutschlands hat hier Standortvorteile, weil sich schon heute vielerorts die neuen Industrien ansiedeln und entsprechende Flächen und erneuerbarer Strom zur Verfügung stehen.

Das Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen betrifft Industriestandorte im gesamten Bundesgebiet. Chemie, Stahl, Aluminium, Zement, Glas - viele Branchen der Grundstoffindustrie haben sich auf den Weg gemacht, ihre Produktion auf klimaneutrale Produktionsprozesse umzustellen. Viel zu lange, wurden Industrie und Unternehmen allein gelassen auf ihrem Weg der Transformation. Viel zu lange fehlten klare und verlässliche politische Weichenstellungen in Richtung der 1,5 Grad-Grenze. Das möchten wir ändern. Mit klaren Rahmenbedingungen und finanzieller Unterstützung ermöglichen wir es der Industrie, aber auch kleinen und

mittelständischen den Unternehmen, Produkte und Prozesse klimaneutral zu gestalten. Das stärkt sie in Fragen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und ist auch eine Reaktion auf die vielfältigen Aktivitäten unserer außereuropäischen Handelspartner wie den USA. Neue Instrumente zur Qualifikation der Fachkräfte komplettieren das Angebot an Industrie und Unternehmen. Im Gegenzug erwarten wir eine klare Zusage zu den Standorten und eine Strategie zum Erhalt und zur Weiterbildung der vielfach hoch qualifizierten Arbeitskräfte.

Unverzichtbar für die Erreichung einer klimagerechten Wirtschaft und Gesellschaft ist die Frage nach ausreichend sauberer Energie. Nicht umsonst legt die Ampel-Koalition einen Schwerpunkt ihres politischen Handelns auf den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien. Mit so nicht gekannter Geschwindigkeit wird aufgeholt, was die letzten 16 Jahre versäumt wurde: Vor allem Wind- und PV-Anlagen, grüner Wasserstoff sowie ausgebaute Stromnetze und Speicherinfrastruktur werden dafür sorgen, dass die Stromversorgung bis 2035 fast ausschließlich auf erneuerbaren Energien beruht. Kohle, Öl und fossiles Gas haben in einem klimaneutralen Land keinen Platz. Gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir den Wandel gestalten und als echte Chance betrachten. Als Chance für den Wettbewerbsstandort, als Chance für eine saubere und gesündere Welt und als Chance, auf künftige Krisen besser gewappnet und resilient zu sein. Nie mehr wollen wir so abhängig von einigen wenigen Ländern bei unseren Rohstoff- und Energieimporten sein. Der Weg dahin ist kein leichter und die vielfältigen Veränderungsprozesse benötigen Gesprächs- und Dialogbereitschaft. Nur so gelingt die Akzeptanz, nur so gelingt die sozial-ökologische Transformation.

I ENERGIESEKTOR

Saubere Energieversorgung - Ausbau der Erneuerbaren Energien

Erneuerbare Energie aus Wind und Sonne ist die Grundvoraussetzung für Klimaneutralität in allen Sektoren. Darum haben wir gemeinsam in der Ampel-Regierung festgelegt, bis 2030 unsere Erneuerbaren im Strombereich auf 80 Prozent ausbauen. Damit werden wir dort den Anteil der Erneuerbaren innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt etwa verdoppeln. Der Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See wird auf ein völlig neues Niveau gehoben, damit die Stromversorgung in Deutschland bereits 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruht. 2030 werden in Deutschland 115 Gigawatt Windenergie an Land, 30 Gigawatt Offshorewindräder und 215 Gigawatt Solarenergie installiert sein. Die erneuerbare Infrastruktur organisieren wir dabei so naturverträglich wie möglich und werden nötige Eingriffe stärker mit verbindlichen Maßnahmen zur Förderung der Renaturierung und des Schutzes von Arten und Ökosystemen kompensieren.

Kohle, Öl und fossiles Gas haben keine Zukunft in der Klimakrise. Um die Übergänge der Versorgungssicherheit und Industrietransformation zu gestalten, wird fossiles Gas, verbunden mit einem klaren Ausstiegspfad gemäß dem Klimaschutzgesetz, eine zunehmend kleinere Rolle spielen. Allein bis 2030 wollen wir den fossilen

Gasverbrauch gegenüber 2022 um mindestens 25 Prozent reduzieren. Je größer und schneller der Ausbau von Wind- und Solarkraft kommt, desto geringer wird der Anteil fossiler Energie ab jetzt jährlich sein. Kurzfristig durch den Wegfall russischen Erdgas nötig gewordene fossile Ersatzkapazitäten begrenzen wir auf eine ökonomisch und ökologisch angemessene Größe, die Sicherheitspuffer enthält und gleichzeitig fossile Lock-Ins verhindert. Die Achtung der Menschenrechte sowie von Sozial- und Umweltstandards weltweit sind für uns dabei unabdingbar. Unser Ziel ist ein unabhängiges europäisches Energiesystem, das auf Effizienz und sauberer, kostengünstiger und sicherer Energie basiert.

Dem teuren und gefährlichen Atomstrom setzen wir am 15. April 2023 endlich ein Ende.

Trotz all dieser wichtigen Richtungsentscheidungen benötigen wir weitere, tiefgreifende Maßnahmen, um den Energiesektor auf klimaneutral zu stellen. Die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Erneuerbaren und das Stromnetz ist dabei absolut zentral, um unsere Klimaziele zu erreichen und den Wirtschaftsstandort Deutschland endlich zukunftsfest zu machen. Wir wollen die bereits begonnene Beschleunigung verstetigen. Mit dem Instrument des Praxischecks zeigten wir gemeinsam mit Unternehmen, wie wir Bürokratie im PV-Bereich abbauen können. Diesen Weg wollen wir weitergehen und auch ein Bürokratieentlastungsgesetz von den Betreibern auf den Weg bringen, um Unternehmen in der Transformation zu unterstützen. In der Ampel haben wir die Erneuerbaren endlich beschleunigt, die Ausbauziele erhöht und mit konkreten Maßnahmen wie z.B. dem Flächenziel für Windenergie den Ausbau unterstützt. Seit diesem Jahr sollen Kommunen 0,2ct pro Kilowattstunde erzeugten Strom von jedem Windrad und jeder Freiflächensolaranlagen erhalten. So profitieren die Standortkommunen im ländlichen Raum von der Energiewende. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, alle geeigneten Dachflächen künftig für die Solarenergie zu nutzen. Gleichzeitig müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen, um Energie einzusparen und effizienter einzusetzen. Hierfür muss das Energieeffizienzgesetz zügig durch die Bundesregierung auf den Weg gebracht werden. Um dem Wärmepumpenhochlauf und 65 Prozent Erneuerbarer Energie im Wärmebereich zum Erfolg zu verhelfen, müssen wir die finanziellen Mittel für die Gebäudeeffizienz und die Förderung des Umbaus massiv ausweiten. Auch international setzen wir uns dafür ein, dass die Förderung von erneuerbaren Energien u.a. bei internationaler Finanzinstitutionen Priorität einzuräumen und auch keine indirekten Finanzierungen mehr zu billigen.

Kohleausstieg 2030 im Osten - Chancen ergreifen

Braunkohle ist extrem klimaschädlich und sorgt dafür, dass Deutschland als einer der größten Emittenten der Welt, die CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre entscheidend mit zu verantworten hat. Um die Klimakrise so weit wie möglich einzuhegen, müssen wir unsere Abhängigkeit von fossiler Energie so schnell wie möglich beenden.

Nach aktueller Gesetzeslage wird die Braunkohleverstromung in Ostdeutschland ab dem Jahr 2025 laufend reduziert und spätestens 2038 beendet. Die Bundesregierung kann die Stilllegung aller Kraftwerke nach 2030 entschädigungslos um drei Jahre vorziehen, d. h. auf spätestens 2035. Grundlage für die im Jahr 2021 getroffenen Entscheidungen war die Annahme, dass die Braunkohlekraftwerke bis 2038 (und darüber hinaus) wirtschaftlich sein und entsprechend lange betrieben würden.

Die Ampel-Koalition hat sich darauf verständigt, den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorzuziehen, um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem Beschluss, den Kohleausstieg in NRW vorzuziehen, wurde bereits ein wichtiger Meilenstein erreicht. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs auch in Ostdeutschland macht aber nicht nur klimapolitisch Sinn. Ein Vorziehen bringt angesichts neuer Entwicklungen auch Planungs- und Investitionssicherheit für die Menschen und Regionen vor Ort. Die Annahme aus der damaligen Kohle-Kommission nämlich, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 wirtschaftlich sei, hat sich mittlerweile überholt.

Durch steigende CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel wird die Kohleverstromung im ost- und mitteldeutschen Revier deutlich vor dem Jahr 2038 unwirtschaftlich. Das zeigen gutachterliche Berechnungen, die im Auftrag der Bundesnetzagentur für den am 1. Februar 2023 veröffentlichten Versorgungssicherheitsbericht erstellt wurden. Gleichzeitig führt der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien zu deutlich günstigeren Alternativen. Deshalb sind jetzt Entscheidungen notwendig, die den Menschen und der Region Planungssicherheit geben.

Wir anerkennen die Leistung der vielen Beschäftigten, die jahrzehntelang die Stromversorgung im Osten sicherten und insbesondere nach dem Angriffskrieg Putins großen Einsatz zeigten. Ein planvolles Ende der Kohleverstromung bietet allerdings die Chance, dass der Markt und die Unternehmen sich darauf einstellen. Wir wollen verhindern, dass Unternehmen unvorbereitet durch die marktwirtschaftlichen Prozesse des Europäischen Emissionszertifikatehandels aus dem Markt gedrängt werden. Das hätte erhebliche Konsequenzen für die Region und die Beschäftigten. Bei einer unkontrollierten Stilllegung hätten die Beschäftigten keinen Anspruch mehr auf das Anpassungsgeld nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und auch die Kostenfrage in Milliardenhöhe für Renaturierungsmaßnahmen der Tagebaue wäre ungeklärt. Zudem wäre unklar, wie die Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energie gesichert werden könnten.

Wenn wir den Strukturwandel aktiv gestalten und den Kohleausstieg vorziehen, schützen wir nicht nur Dörfer vorm Abbaggern. Es entstehen auch große Chancen für die Region. Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Ostthüringen haben hochqualifizierte Fachkräfte und enorme Standortvorteile für Ansiedelung von grünen Zukunftstechnologien. Eine entschlossene Politik kann ein riesiges Wachstumspotential in der Region entfalten. Wir wollen diese Chance ergreifen,

gemeinsam mit Beschäftigten, Unternehmen, Kommunen und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Dazu sind folgende sechs Punkte notwendig:

1. Ansiedelung von Unternehmen und Zukunftstechnologien

Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bieten schon heute gute Investitionsbedingungen. Dank viel grüner Energie, großem Flächenpotenzial, ihren hoch qualifizierten Fachkräften und innovativen Einrichtungen zur Forschung und Entwicklung haben sie einen Wettbewerbsvorteil im In- und Ausland. Windrad- und PV-Produktion, der Bau von Elektrolyseuren, Speicher- oder Batteriezellfabriken sind das Fundament der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und schaffen neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze. Diese sozial-ökologische Transformation wird in den Regionen und Kommunen umgesetzt und sie werden direkt davon profitieren, wenn wir vorausschauend und gemeinsam mit der Planung beginnen.

Grüne Energie ist der größte Standortvorteil der Zukunft und kann riesiges Wachstumspotential in den Regionen entfalten, die diese Chance ergreifen. So entsteht der Neubau des grünen Wasserstoff-Speicherkraftwerks in dem Ort Schwarze Pumpe im Lausitzer Revier, auch weil der dort produzierte Wind- und Solarstrom direkt weiterverarbeitet werden kann. Das Unternehmen Meyer-Burger in Hohenstein-Ernstthal und Freiberg (Sachsen) und Thalheim (Sachsen-Anhalt) bringt wichtige Schritte der PV-Wertschöpfungskette mit innovativer, wettbewerbsfähiger Technologie zurück nach Europa und schafft es durch seine innovative Produktionsweise heute schon, international wettbewerbsfähig zu sein. Auch Heckert Solar aus Chemnitz mit Standort in Langenwetzendorf (Thüringen) stellt Solarmodule Made in Germany her. Weitere Solarmodulhersteller investieren und heimische Zulieferer vom Silizium bis zum Solarglas sichern zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Firma Tesvolt in Wittenberg (Sachsen-Anhalt) produziert Batteriespeichersysteme für Gewerbe und Industrie und ist international tätig. Und der Neubau einer Prototypanlage für Batterie-Recycling (Kathodenfabrik) am BASF-Standort in Schwarzheide (Brandenburg) zeigt, wie traditionsreiche Industriestandorte die Transformation vorantreiben und für ihre Region mitgestalten. Hier muss Industriepolitik ansetzen, um diese Entwicklung fortzuschreiben, denn ein schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu einer erhöhten Produktionsansiedlung vor Ort. Allein in Sachsen werden mit dem Aufbau einer Wasserstoff- und Brennstoffzellenwirtschaft bis zu knapp 5.000 neue Arbeitsplätze erwartet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erarbeitet derzeit eine Photovoltaik-Strategie, um den Ausbau weiter zu beschleunigen.

2. Einstieg in flexible erneuerbare Kraftwerke

Die Bundesregierung schreibt noch in diesem Jahr große Kapazitäten an Wasserstoff-ready Gaskraftwerken aus, in denen perspektivisch grüner Wasserstoff zu Strom wird. Damit werden Wind- und Solarenergie auch nach 2030 durch flexible Kraftwerke ergänzt: Grüne Wasserstoff-Kraftwerke tragen zur

Versorgungssicherheit bei und sind ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Dort, wo heute noch Braunkohle verbrannt wird, kann die Erfahrung und Netzinfrastruktur genutzt werden. Ostdeutschland entwickelt sich auch zur Erzeugerregion für grünen Wasserstoff. In Leuna (Sachsen-Anhalt) wird seit Ende des Jahres im industriellen Maßstab begonnen, grünen Wasserstoff zu erzeugen und zu verflüssigen. Dieser Einstieg sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze im Energie- und Kraftwerksbereich.

3. Qualifizierung und Weiterbildung stärken

Die betroffenen Regionen sowie die vom Kohleabbau und -verstromung Betroffenen können weiterhin auf Unterstützung zählen. Wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten bei der Transformation unterstützt werden, indem das Anpassungsgeld um eine Qualifizierungskomponente für jüngere Beschäftigte ergänzt wird. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen, indem wir ein ans Kurzarbeitergeld angelehntes Qualifizierungsgeld einführen. Dieses soll helfen, Beschäftigte durch Qualifizierung im Betrieb zu halten und Fachkräfte zu sichern. Wir stärken die individuelle Weiterentwicklung, Fortbildung und Bildungs(teil)zeit und setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein mit der wir das Recht auf Ausbildung absichern, wo notwendig auch außerbetrieblich. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Weiterbildung befindet sich bereits auf dem Weg. Schon eingeführt haben wir inzwischen ein Weiterbildungsbildungsgeld, das es erwerbslosen Menschen leichter macht sich zu qualifizieren.

4. Dialogprozess initiieren

Eine vorausschauende Planung braucht klare, verbindliche Vereinbarungen für alle Beteiligten. Diese fallen jedoch nicht vom Himmel, sondern müssen im Gespräch und im Dialog gemeinsam erarbeitet werden. Wir wollen diesen Dialogprozess gemeinsam mit den Bundesländern, Kommunen und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort verantwortungsvoll und aktiv im Vorhinein gestalten und so Planungssicherheit für alle schaffen. Uns ist dabei wichtig, die Akteursvielfalt der Energiebranche in der Region weiter zu stärken.

Wir haben keine Zeit zu verlieren und nehmen uns trotzdem die notwendige Zeit, den Kohleausstieg gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten. Nur so erreichen wir das Ziel, möglichst viel Kohle im Boden zu lassen, die sozial-ökologische Transformation umzusetzen und ein langfristig gutes Leben in den Regionen zu gestalten. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, das Handwerk und Genossenschaften müssen neben Großprojekten wie die Entwicklungen von BASF oder Meyer-Burger gleichberechtigte Beteiligte am Strukturwandel sein. Wir wollen in den Blick nehmen, wie Vereine und Zivilgesellschaft stärker von den Mitteln profitieren können.

5. Kommunen und Regionen stärken

Für den erfolgreichen Strukturwandel darf der Fachkräftemangel kein Hemmnis werden. Daher müssen wir in der Strukturstärkung stärker ins Blickfeld nehmen, wie wir Fachkräfte anwerben und vor allem junge Menschen in den Regionen halten. Ein Schlüssel ist die Schaffung attraktiver Regionen. Ein gutes Leben muss überall möglich sein. Indem wir uns für starke Kommunen mit einem hohen Maß an Entscheidungsfreiheit vor Ort, einer verlässlichen öffentlichen Daseinsvorsorge, einer engagierten Zivilgesellschaft und für resiliente, regionale Wirtschaftskreisläufe einsetzen, schaffen wir attraktive Lebensräume und kommen dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher. In dem Zusammenhang ist die Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein Durchbruch: Die Menschen vor Ort sollen mitentscheiden können, welche Angebote sie in ihrer Region brauchen und wo Investitionen hinfließen sollen. Das können beispielsweise attraktive Bildungseinrichtungen sein oder Kultur- und Sozialeinrichtungen. Wichtig ist, dass überall eine gute Grundversorgung in den Bereichen Mobilität, Gesundheit und digitaler Anbindung gegeben ist. So denken wir alle Bedürfnisse zusammen: dem Recht auf gute und langfristige Arbeit, lebenswerte Regionen und gesunder Natur in Zeiten der Klimakrise. Bis 2030 müssen die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner der Tagebaue gewährleistet werden, Lärm- und Feinstaubbelastungen minimiert sowie die Größe der Tagebaue mit dem Ziel angepasst werden, möglichst viel Land zu erhalten. So erhalten wir landwirtschaftliche Fläche sowie Infrastruktur und Wohngebiete.

6. Vereinbarte Hilfen flexibilisieren

Um stattdessen Sicherheit für Klimaschutz und die Zukunftsfähigkeit der Regionen in Ostdeutschland zu schaffen, wollen wir mit dem gesetzlichen Kohleausstieg 2030 vereinbarte Hilfen anpassen und zeitlich flexibilisieren. Das gilt für die Strukturfördermittel und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die Renaturierung der abgebagerten Flächen. Beispielsweise könnten die Fördermittel nicht mehr an Fördertranchen, sondern an Mittelabruf gebunden werden, auch damit sie bei einem vorgezogenen Ausstieg nicht bereits 2030 verfallen. So könnten die Kommunen flexibler planen und die Mittel auch wirklich abrufen. Bei einem plötzlichen Vorziehen der Förderperiode aufgrund eines ungeplanten Kohleausstiegs wäre es schlicht aus Kapazitätsgründen kaum darstellbar, dass die Kommunen binnen kurzem neue Projekte konzipieren und Anträge erstellen. Aktuell wurden von den bis 2038 zur Verfügung stehenden rund 40 Mrd. Euro im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) etwa 14 Mrd. Euro noch nicht beschlossen bzw. bestätigt. Auch die sehr komplexen Fragen zum Wasserhaushalt benötigen planerische Vorleistungen, damit auf Grundlage belastbarer und abgestimmter Konzepte und Maßnahmenplanungen die Sümpfung reduziert und eingestellt werden kann, um das Ziel des weitgehend selbstregulierenden Wasserhaushaltes langfristig zu erreichen. Es sind Verantwortlichkeiten für die Maßnahmenumsetzung und Finanzierungszuständigkeit zu klären.

II INDUSTRIESEKTOR: AUFBRUCH IN DIE KLIMANEUTRALITÄT

Wir haben uns als Koalition dem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und der sozial-ökologischen Transformation verschrieben. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands hat auch mit Blick auf die Wirtschaftspolitik zunächst unser schnelles, entschlossenes Handeln gefordert. Das hat gewirkt. Wir als Bundestagsfraktion haben gemeinsam mit der Bundesregierung alle Hebel in Bewegung gesetzt. Wir haben wegfallende russische Gaslieferungen ersetzt und den Angebotsschock damit abgemildert. Kommunen, Haushalte und Unternehmen sind den Appellen der Bundesregierung gefolgt und haben kurzfristig beachtliche Mengen fossiles Gas gespart und damit einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit geleistet. Wir haben die Erneuerbaren Energien massiv ausgebaut und damit den wichtigsten Grundstein für eine klimaneutrale Wirtschaft gelegt. Wir haben insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen nicht nur durch die Abschaffung der EEG-Umlage entlastet, sondern Unternehmen können heute in ihren Betriebsstätten selbst erzeugten Strom ohne Abgaben nutzen. Damit senken sie ihre Kosten und schützen das Klima. Die Energieversorgung ist sicher und stabil, Hilfspakete haben ihre Wirkung entfaltet. Die Unternehmen haben gezeigt, dass sie robust mit Krisensituationen umgehen können.

Jetzt können wir gemeinsam nach vorne schauen. Wir stoßen jetzt ein Jahrzehnt der Transformation an. Dafür stellen wir unter Hochdruck alle Weichen für die Umstellung auf klimafreundliche Verfahren, ob in der Grundstoffindustrie oder im Handwerk. Für den Hochlauf von grünem Wasserstoff, den Ausbau der Netze und die Ansiedlung und deutliche Ausweitung von Batterie- und Speichertechnologie, sind erneuerbare Energien die absolute Grundvoraussetzung. Dort, wo diese geschlossene Wertschöpfungskette stabil und sicher ist, etablieren sich die grünen und sauberen Industrien und Unternehmen der Zukunft. Darum bauen wir neue Infrastruktur H₂-ready und schaffen einen wettbewerbsfähigen, grünen Industriestrompreis als Voraussetzung für die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität. Grüner Wasserstoff soll nur dort eingesetzt werden, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Im Schwerpunkt bedeutet dies eine Konzentration auf die Grundstoffindustrie und den Luft- und Seeverkehr.

Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und wir haben es in der Hand, ob wir vorangehen wollen oder nur nachziehen können. Denn der internationale Wettbewerb um die Zukunftstechnologien ist in vollem Gange. Ob die USA mit ihrem Inflation Reduction Act, China oder Indien - auf der ganzen Welt wird massiv in klimaneutrale Technologien investiert. Die Zukunft des Industriestandorts Deutschland kann nur klimaneutral sein. Mit dem Green Deal Industrial Act legt die Kommission einen ambitionierten Plan vor, wie der Sprung in die Klimaneutralität gelingen kann und wir uns gleichzeitig bei der Energieversorgung unabhängig machen von despotischen Regimen. Als Bundestagsfraktion unterstützen wir ausdrücklich den Plan die Genehmigungsverfahren in grünen Schlüsselindustrien und -technologien zu beschleunigen. Europa mangelt es nicht an Knowhow, was fehlt, ist Planbarkeit und Effizienz für Unternehmen, die die Energiewende

vorantreiben wollen. Zu vage bleibt der Plan bisher in Sachen Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation: Erleichterungen in Beihilferegelungen sollen allen Mitgliedsstaaten der EU zu Gute kommen. Darum sollen die finanziellen Instrumente Investitionen solidarisch in allen Regionen der EU erreichen. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass die Finanzierung von fossilen Energieträgern weltweit der Vergangenheit angehört.

Es ist Zeit für eine aktive grüne Industriepolitik für Transformation und Resilienz. Als grüne Bundestagsfraktion kümmern wir uns um saubere, bezahlbare Energie, gezielte Anreize für Investitionen in Klimaschutz, grüne Leitmärkte, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, die Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie Zuwanderung von Fachkräften und strategische Handlungsfähigkeit in Europa. Für uns ist dabei klar: Langfristige Versorgungssicherheit geht nur, wenn wir Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards weltweit umsetzen und die Investitionen in eine klimaneutrale Industrie weltweit unterstützen. Zu strategischen Elementen einer Transformationsstrategie für den Standort Deutschland und Europa müssen wir klare Perspektiven für den Mittelstand aufzeigen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat mit dem Aktionsplan zum Dialog- und Arbeitsprozess „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ einen wichtigen Stein ins Rollen gebracht.

Damit eine klimaneutrale Produktionsweise schon heute rentabel ist, braucht es eine konsequent ansteigende Bepreisung von Treibhausgasemissionen, einen ambitionierten EU-Zertifikatehandel, Grenzausgleichsmechanismen zur Abwendung von „Carbon Leakage“, grüne Leitmärkte und nicht zuletzt auch umwelt- und sozialverträgliche Klimaschutzverträge, die den Unternehmen die notwendige Investitionssicherheit und -unterstützung zur Verfügung stellen.

Klimaschutzverträge, bzw. Carbon Contracts for Difference sind ein zentraler Baustein für eine klimaneutrale Wirtschaft. Sie sorgen dafür, dass notwendige Investitionen in eine klimaneutrale Produktion heute schon getätigt werden können, auch wenn sie sich erst morgen rechnen. Wir verstehen sie als „Anschubfinanzierung“, bei der die wirtschaftlichsten Vorschläge den Zuschlag bekommen. Erste Verträge werden in diesem Halbjahr geschlossen. Damit erfüllen wir einen wichtigen Teil des gemeinsamen Koalitionsvertrages.

Zusätzlich zum CO₂-Preis, den wir mittelfristig als Klimageld an die Bürger*innen zurück geben wollen, ist es wichtig, die finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hier in Deutschland und Europa so zu verändern, dass das Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen belohnt wird und nicht wie heute oft eher finanziell benachteiligt. Diese Rahmenbedingungen brauchen wir auch an den Kapitalmärkten, um private Investitionen in klimaneutrale und zukunftsfähige Bereiche zu mobilisieren. Neben der ökologischen Ausrichtung der Steuerpolitik zum Beispiel durch den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen müssen ökologische und soziale Kriterien Einzug in die Erfolgs- und Wohlstandsmessung

finden, denn nur so haben sie wirklich Einfluss auf die Steuerung und Entscheidungsfindung.

Wir begrüßen daher sehr, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung seit 2022 neben dem BIP auch über 30 Nachhaltigkeitskriterien beinhaltet, die ein realitätsnäheres Bild der Vielfalt von Wohlstand zeichnen. Und auch in der Wirtschaft werden durch die EU Sustainability Reporting Directive (CSRD) deutlich mehr Unternehmen klar definiert ihre Nachhaltigkeits-Performance messen und berichten. Diese wollen wir in Deutschland in konsequenter und ambitionierter Form umsetzen. KMUs möchten wir dabei unterstützen, den Anschluss nicht zu verlieren und beispielsweise mit klar fokussiertem CO₂ Reporting am stark wachsenden ESG-Kapitalmarkt (Environmental, social and governance) partizipieren zu können und perspektivisch keine Nachteile zu haben.

In Deutschland gehen wir noch einen Schritt weiter: Wie im Koalitionsvertrag vereinbart wollen wir die sozial-ökologischen Werte - angefangen bei CO₂ - in die Rechnungslegungsstandards und damit in den Kern der unternehmerischen Erfolgsmessung integrieren. Damit internalisieren wir endlich unbürokratisch erste Externalitäten in die Unternehmenssteuerung, damit Bilanzen und Erfolgsmessung ihr wohl verdientes Update für das 21. Jahrhundert erhalten.

Für uns ist dabei klar, dass wir in die Förderung von erneuerbaren Energien immer auch die soziale, menschenrechtliche und ökologische Situation der Exportländer miteinbeziehen. Wir stellen dabei sicher, dass Importe in die EU in keinem Fall die Energiewende vor Ort behindern und global ungerechte Nutzungen und Produktionen, beispielsweise von Rohstoffen, verstetigt werden. Durch eine gleichberechtigte Partnerschaft, welche die Bedarfe die Menschen vor Ort durch die aktive Einbindung der Zivilgesellschaft ernst nimmt, und gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens faire und nachhaltige Produktionen bspw. von grünem Wasserstoff unterstützt, treiben wir international die Energiesicherheit voran. Mit bi- und multilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir zusammen mit unseren Partnerländern eine klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen. Über die UN-Klimakonferenzen legen wir neue internationale Rahmenbedingungen für die stärkere Zielsetzung zur Emissionsminderungen und Einhaltung dieser fest. Angesichts der bereits heute eintretenden Verluste und Schäden durch die Klimakrise ist es uns wichtig, für die Schaffung von Resilienz Verantwortung zu übernehmen. Wir werden mit unseren Partnerschaften keinen Anreiz mehr für die weitere Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern schaffen und den Beschluss der COP in Glasgow für ein Ende der direkten öffentlichen Finanzierung von fossilen Energieträgern einhalten.

Ein frühzeitig geplanter Strukturwandel ist auch für die Kohle exportierenden Länder existenziell. Neben dem Ausstieg aus der Braunkohle ist daher auch die Vollendung des Steinkohleausstieges ein wichtiger Schritt.

Klar ist aber auch: Wir brauchen die Verschränkung kluger Förderpolitik mit Grünen Leitmärkten. Insbesondere mit Blick auf die mittel- bis langfristige

Wirtschaftsstruktur müssen die Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfungsketten so gestaltet sein, dass diese selbstständig am Markt bestehen können. Hierfür sind verbindliche Anreize zum Einsatz klimafreundlicher Vorprodukte entscheidend. Mit größter Priorität brauchen wir daher jetzt Reformen in Beschaffung und Vergabe. Zentraler Baustein sind Mindestquoten für klimafreundliche Produkte in der öffentlichen Beschaffung. Wir sehen darüber hinaus aber auch die dringende Notwendigkeit auf europäischer Ebene in die Abstimmung über den Aufbau grüner Leitmärkte zu treten. Das gilt erst recht im Jahr des dreißigjährigen Bestehens des europäischen Binnenmarktes. Nur mit einer europäischen Regulierung schaffen wir Planungssicherheit. Eine nationalstaatliche Denke greift zu kurz. Ob Quoten oder Zertifikate für grünen Grundstoffe: Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Gleichzeitig brauchen wir mehr Ambition dabei, ein Level Playing Field mit Wirtschaftsräumen außerhalb der EU zu erreichen. Mit der Einigung auf einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ist der Schritt getan, dass auch importierte Produkte einen fairen Preis erhalten. Das Grenzausgleichssystem wird umso stärker, je mehr Länder auch außerhalb der EU sich daran beteiligen. Langfristig wollen wir einen Handelsraum für klimaneutrale Produkte schaffen.

Wir treiben als Bundestagsfraktion die Diversifizierung unserer Lieferketten und neue Bündnisse auf Basis unserer fortschrittlichen Handelsagenda voran. Wir unterstützen den Vorschlag, dass Regierungen und Unternehmen EU-weit regelmäßig Stresstests zur Prüfung wirtschaftlicher Abhängigkeiten durchführen sollten. Klimaschutz wird zum Kern zukünftiger Handelspartnerschaften. Wir werden mit unseren Partnerschaften keinen Anreiz mehr für die weitere Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern schaffen und halten so den Beschluss der COP in Glasgow ein. Wir unterstützen damit internationale Zukunftsbündnisse auf Basis grundlegender internationaler Verträge und Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen, das Pariser Abkommen zum Klimaschutz und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Das geltende Lieferkettengesetz ist ein erster Schritt hin dazu, verantwortungsvolle Unternehmen gegenüber denjenigen, die sich auf Kosten von Menschen und Umwelt einen kurzfristigen Wettbewerbsvorteil erschleichen wollen, zu belohnen. Wir setzen uns für eine schnelle Verabschiedung eines wirksamen EU-Lieferkettengesetzes ein, das menschenrechtliche, soziale, umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette festschreibt. Gleichzeitig braucht es eine zivilrechtliche Haftungsregelung, welche den Zugang zu Abhilfe und Schadensersatz für Betroffene stärkt und auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte basiert. Die verbindliche Einhaltung umweltbezogener, sozialer und menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten sowie vorherige Risikoanalysen entlang der gesamten Rohstofflieferkette wollen wir dabei vorschreiben.

Wir machen Dekarbonisierung möglich. Aber wir werden darüber hinaus weitere Weichen für die Zukunft stellen. So stehen wir etwa für eine nachhaltige Rohstoffpolitik und hier ganz zentral: die Kreislaufwirtschaft. Sie sichert

Rohstoffversorgung und Ressourcen. Denn Müll ist ein Designfehler im Wirtschaftssystem. Deutschland kann Leitmarkt für Kreislaufwirtschaft werden, Hand in Hand mit dem New Circular Economy Action Plan der EU. Die Zukunft heißt: Langlebigkeit, Materialsparbarkeit, Wiederverwertbarkeit, Reparaturfähigkeit und hochwertiges Recycling. Dafür brauchen wir unter anderem einen digitalen Produktpass. Mit dem Einwegkunststofffonds, der Rohstoffstrategie und der Abgabe auf Einwegplastik haben wir bereits wichtige Schritte für die Förderung der Kreislaufwirtschaft gemacht. Viele weitere Schritte werden im Rahmen der Erstellung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie folgen. Den Einsatz von Recyclaten wollen wir erleichtern und auch die entsprechenden Vorgaben anpassen. Ein digitaler Gebäuderessourcenpass kann Auskunft über das Bauteil- und Stofflager im Gebäude geben und so bei Um- oder Rückbauarbeiten die Wiederverwendung besser organisieren.

Die sozial-ökologische Transformation ist Aufbruch und Herausforderung zugleich. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Zukunftsjobs entstehen. Mit dem Tariftreuegesetz werden wir dafür sorgen, dass der Staat nur noch Aufträge an Unternehmen vergibt, die tariflich bezahlen. Wir stärken die betriebliche Mitsprache und Beteiligung. Gleichzeitig sehen wir, dass die Arbeits- und Fachkräftelücke Unternehmen schon heute viel abverlangt. Die Fachkräftestrategie wollen wir deshalb jetzt mit Leben füllen. Wir stärken die der Aus- und Weiterbildung mit der Ausbildungsgarantie, einer Bildungszeit und dem Qualifizierungsgeld. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss jetzt schnellstmöglich kommen. Und wir greifen in diesem Jahr die vereinbarten regionalen Transformations- und Qualifizierungscluster gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren wieder auf.

Klar ist: Das Zeitalter fossiler Energie ist Geschichte. Es ist an uns, nach vorne zu schauen. Wir brauchen den Turbo für die Transformation, für den Aus- und Aufbau klimaneutraler Zukunftstechnologien. Diese wollen und müssen wir beschleunigen, um unser Land, um Europa zu modernisieren. Nur so erreichen wir die Klimaziele und stärken dabei gleichzeitige den Investitions- und Industriestandort langfristig, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und schaffen gute Arbeitsplätze der Zukunft.